

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 9 Jahrgang 2017

17. Mai 2017

Krise und Katastrophe - zwei Begriffe, die häufig synonym verwendet werden und die sich doch so wesentlich unterscheiden - eine Erläuterung

(ID) **Krise und Katastrophe, Krisenmanagement und Katastrophenschutz ... immer wieder werden diese Worte für Ähnliches aber nicht Gleiches benutzt und synonym verwendet. Sie unterscheiden sich jedoch. Schon von ihrem Wortstamm her stehen sie für Unterschiedliches und sollten daher auch konsequent und sachgerecht verwendet werden.**

In unserer Abteilung 6 „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ gibt es zwei Referate, die eben genau diese Begriffe in ihrem Namen führen: das Referat 64 „Katastrophenschutz“ und das Referat 65 „Krisenmanagement“. Wie grenzen wir in der Abteilung die beiden Begriffe voneinander ab und wie sind die Aufgaben der Referate?

Unter **Katastrophe** (altgr. καταστροφή katastrophé „Umwendung“, aus κατά katá „herab-“, „nieder-“ und στρέφειν stréphein „wenden“; übertragen auch: Vernichtung, Zerstörung) verstehen wir **ein ungewöhnlich großes Schadereignis, das mit Zerstörung endet**; also mit Sachschäden, Verletzten oder gar mit Toten. Die Katastrophe erfordert immer den Einsatz operativer Kräfte zur Schadenbegrenzung, -behebung oder -minimierung. Sie erfordert den Einsatz der „Blaulichtorganisationen“. Rechtlich definiert ist die Katastrophe



Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Michael Willms, Sabine Fohler, Kim Dunklau-Fox,
Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

in § 1 Abs. 2 des Landeskatastrophenschutzgesetzes (LKatSG).

Dementsprechend ist unser Referat 64 „Katastrophenschutz“ für alles zuständig, was von den im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Organisationen im Katastrophenfall operativ erledigt werden kann. Es regelt ebenso die präventiven Maßnahmen wie auch die Einsatzmaßnahmen im Katastrophenfall sowie deren Führung und Leitung. Zum Aufgabengebiet des Referates gehört ferner die zivil-militärische Zusammenarbeit als weiteres Element der Schadenabwehr.

Der Begriff Krise entstammt dem alt-

griechischen Verb krínein, das „trennen“ und „(unter)scheiden“ bedeutet. **Die Krise ist die Wende hin zum Guten**; der Höhepunkt und Wendepunkt eines Ereignisses, das als bedrohlich empfunden wird. Die Krise hat nicht per se Schäden und Verluste zur Folge. Max Frisch hat diesen Sachverhalt trefflich und mit der dem Schriftsteller eigenen Worten beschrieben:

„Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Dementsprechend versteht unser Referat 65 „Krisenmanagement“ die Krise als ein Ereignis, das die Regelorga-



nisation einer Behörde oder eines Unternehmens mit einer überfordernden Situation konfrontiert und diese Situation sowohl von der Bevölkerung oder den Kunden als auch vom Staat oder vom Unternehmen selbst als bedrohlich empfunden wird.

Das Referat regelt alle nicht operativ orientierten Angelegenheiten, die notwendig sind, um unsere Landesverwaltung bei Krisen oder krisenähnlichen Situationen handlungsfähig zu halten. Hierzu gehören insbesondere Regelungen für eine Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung, die schnelle

und qualifizierte Kompensationsmaßnahmen ermöglicht.

Aus der Erfahrung der Flüchtlingskrise haben wir eine Systematik, die „Trias des Krisenmanagements“ entwickelt. Drei Aufgabenstränge haben sich herauskristallisiert:

- die **Krisenkommunikation** - Wie informiere ich zeitnah und vertrauensbildend bzw. -erhaltend die Bevölkerung?
- die **Krisenkompensation** - Wie mildere oder beseitige ich mit ausgleichenden Ersatzmaßnahmen die bedrohliche Situation bis zum Weg-

fall des bedrohlichen Zustandes oder bis zur Anpassung der Regelorganisation?

- die **Krisenbeseitigung** - Wie passe ich die Regelorganisation dauerhaft der krisenauslösenden Ursache an oder wie beseitige ich diese, sofern die Krise ohne Steuerung dauerhaft weiter bestehen würde?

Diese Trias des Krisenmanagements hilft übrigens auch bei alltäglichen Herausforderungen. Wer sich dabei diese drei Fragen beantwortet, findet in aller Regel auch in höchster Not klar strukturierte Lösungsansätze.

Laptop statt Schützengraben - Bundeswehr stellt Cyberkommando auf

(ID) Mit einer vierten Teilstreitkraft sollen zukünftig speziell geschulte Online-Soldaten neben Heer, Marine und Luftwaffe die Sicherheit Deutschlands gegen Angriffe aus dem Netz verteidigen.

Die Gefahren drohen nicht mehr nur aus der Luft, vom Boden oder vom Meer, sondern vor allem auch aus dem World Wide Web. Der Cyberraum wird von potentiellen Gegnern zunehmend als Kommunikationsmittel und als Angriffsfläche genutzt. In der sogenannten „hybriden Kriegsführung“ haben IT-Attacken allerdings ganz reale Folgen: Angriffsversuche auf Ministerien, Bundesbehörden und die Streitkräfte sowie auf kritische Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Kommunikationsnetze können die Handlungsfähigkeit eines Staates empfindlich stören, die Wirtschaft beeinträchtigen oder die Gesellschaft schlimmstenfalls komplett aus dem Takt bringen.

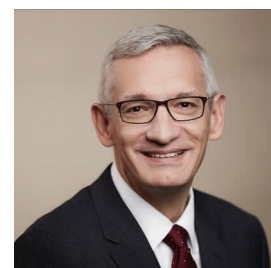
Dass diese Cyber-Angriffe schon längst keine Fiktion mehr, sondern Realität sind, zeigen die insgesamt rund

284.000 Hackerangriffe, denen die Computernetzwerke der Bundeswehr allein in den ersten neun Wochen dieses Jahres ausgesetzt waren. Das berichtete der Inspekteur des neuen Kommandos "Cyber- und Informationsraum (CIR)", General Ludwig Leinhos, bei der Präsentation der neuen Einheit durch die Bundesverteidigungsministerin Anfang April in Bonn. Er leitet diesen sechsten Organisationsbereich der Bundeswehr und steht auf einer Ebene mit den anderen Inspektoren der drei genannten Teilstreitkräfte sowie von Sanitätsdienst und Streitkräftebasis (SKB).

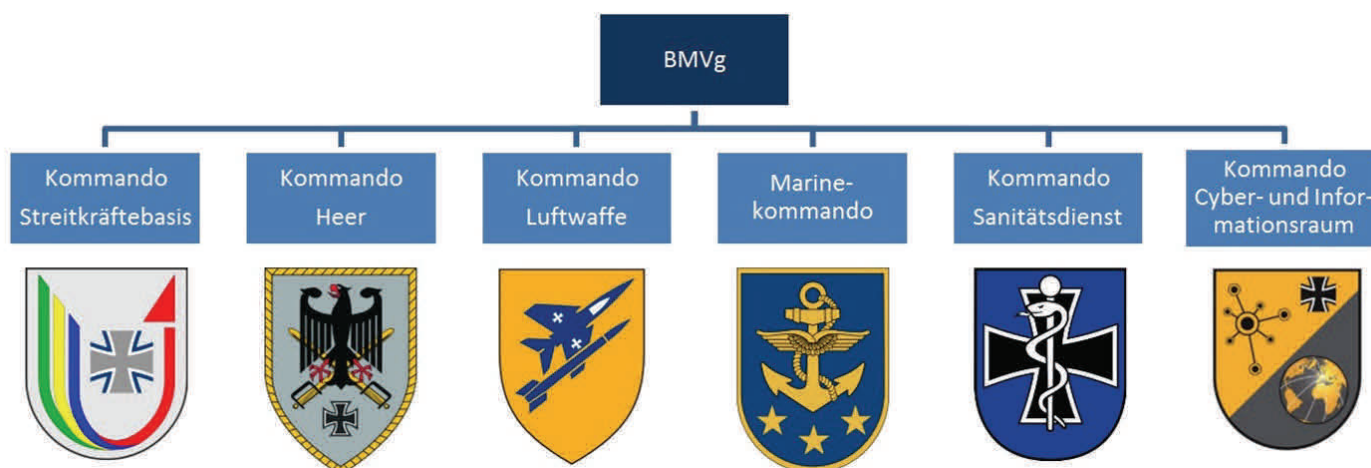
Dass Cyberabwehr auch für die Länder und für den Standort Baden-Württemberg eine wichtige Aufgabe ist, hat unser Innenstaatssekretär Martin Jäger deutlich bei seinen Zielsetzungen herausgestellt. Er sehe

eine gut funktionierende Zusammenarbeit auch mit den anderen Bundesländern und dem Bund als wichtige Aufgabe an. „Nur durch eine Bündelung und Stärkung aller staatlichen Behörden bei den Cyberkompetenzen kann man sich künftig ausreichend gegen Angriffe im Cyber- und Informationsraum schützen“, so Jäger.

Bis 2021 soll das Kommando voll einsatzbereit sein. Dann sollen bis zu 13.500 Soldaten und Zivilisten in der neuen Cybereinheit arbeiten und sowohl die Netze als auch die Waffeneinheiten der Bundeswehr schützen. Da-



Staatssekretär Martin Jäger



Die Führungskommandos der Organisationsbereiche der Streitkräfte

rüber hinaus soll das „CIR“ in Fragen der Cybersicherheit als Schnittstelle für andere Ministerien des Bundes, für die Wirtschaft sowie die internationalen Verbündeten dienen. Schon ab Juli werden die Kompetenzen des Cyberkommandos erweitert. Dann nämlich werden das Kommando Strategische Aufklärung, das Führungsunterstützungskommando der Bundeswehr, das

Zentrum Operative Kommunikation und das Zentrum für Geoinformationswesen dem Kommando Cyber- und Informationsraum unterstellt.

Wie der „**Behörden Spiegel**“ in seiner Aprilausgabe berichtet, wird an der Universität der Bundeswehr in München zudem ein Forschungszentrum der deutschen Streitkräfte und des

Bundes für den Cyber-Raum eingerichtet. Dazu wird derzeit der Fachbereich „Informatik und Cybersicherheit“ weiter ausgebaut.

Neben der klassischen Forschung soll der neue Fachbereich auch aktives Management von Innovationen im Bereich Cyber-Abwehr, Digitalisierung und IT betreiben.

Aktuelle Hinweise zur Cybersicherheit

(ID) Wie wichtig das Thema Cybersicherheit ist und wie recht unser Staatssekretär hat, mussten wir letzten Freitag durch die Ransomware "WannaCry" erfahren. Von den Angriffen waren Unternehmen und Institutionen weltweit und auch in Deutschland betroffen. Die Weiterverbreitung der Schadsoft-

ware wird durch den Software-Patch von Microsoft vom 14. März 2017 (MS17-010) verhindert. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) rät zum Aufspielen dieses Patches, sofern nicht bereits geschehen. Informationen zum Schutz vor Ransomware hat das BSI in einem Dossier zusammengefasst, das auf

der BSI-Webseite heruntergeladen werden kann.

Über die etablierten Kanäle von CERT-Bund, UP KRITIS und Allianz für Cybersicherheit stellt das BSI Wirtschaft und Verwaltung Informationen und Handlungsempfehlungen zur Verfügung.

„Feuerwehrtechnik muss beherrschbar und bezahlbar bleiben!“

Tagung des Fachausschusses „Feuerwehrfahrzeuge, Gerätetechnik und Ausrüstung“ des Landesfeuerwehrverbandes in Reutlingen

(ID) In der Feuerwache Reutlingen tagte der Fachausschuss „Feuerwehrfahrzeuge, Gerätetechnik und Ausrüstung“ des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg. Der Appell: Feuerwehrtechnik muss beherrschbar und bezahlbar bleiben.

Diesem Appell an Hersteller und Anwender des Fachausschusses „Feuerwehrfahrzeuge, Gerätetechnik und Ausrüstung“ des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg schließt sich das zuständige Referat „Feuerwehrwesen und Brandschutz“ im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration (IM) vollumfänglich an. „Wir unterstützen diese Forderung und freuen uns, dass Verband und Ministerium an einem Strang ziehen. Diese Leitlinie ist für künftige Beschaffungsvorhaben wichtig und sichert eine nachhaltige und leistungsfähige Ausstattung unserer Feuerwehren.“

In der Feuerwache Reutlingen konnte der Vorsitzende Hans-Joachim Gottuck am 25. April 2017 die Mitglieder des Fachausschusses begrüßen. Dessen Mitglieder sind erfahrene Feuerwehrkommandanten und Feuerwehrführungskräfte sowie kompetente Vertreter aus den Regierungsbezirken und den verschiedenen Fachgruppen und

Institutionen (u. a. AGBF, AGHF, AG-KBM), Vertreter der Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW), der Feuerwehrprüfstelle beim TÜV-Süd und des Referates 62 „Feuerwehr und Brandschutz“ des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, vertreten durch Ministerialrat Dipl.-Ing. Volker Velten.

In der Sitzung wurden auch zukünftige technische Entwicklungen im Zusammenhang mit der Normungsarbeit erörtert, ebenso wie die Pflege, Prüfung und Wartung der Fahrzeuge und Geräte im Interesse des Wertehalts und der Sicherheit über die gesamte Nutzungsdauer hinweg.

Am Beispiel einer neuen Automatik-Drehleiter der Berufsfeuerwehr Reutlingen konnten die neuen zusätzlichen Einrichtungen und Anbauten an Retlungskörben betrachtet werden. Außerdem verfügt das Fahrzeug, als eines der ersten in Baden-Württemberg,

über eine Abgasreinigungsanlage nach EURO VI-Richtlinie.



Der Vertreter des Innenministeriums im Fachausschuss, Ministerialrat Volker Velten, bei der Sitzung. Er ist gleichzeitig Vertreter des Landes im DIN-Fachnormenausschuss „Anforderung an Löschfahrzeuge“

NINA kann Leben retten. Werben Sie dafür, damit NINA noch bekannter wird.

Nähere Informationen unter: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/>



Am 17. Mai ist Weltfernmeldetag - was läuft aktuell?

(ID) Das letzte „Fräulein vom Amt“ ist schon 1966 in Pension gegangen, Fernmeldeämter haben ausgedient und auch Notrufsäulen und öffentliche Feuermelder sind nahezu vollständig aus unserem Straßenbild verschwunden. Abgelöst wurden sie durch Smartphones und IP-Telefonie. Untrüglige Zeichen dafür, dass sich das Fernmeldewesen rasant verändert. Die Veränderungen eröffnen uns neue Möglichkeiten. Nachfolgend geben wir Ihnen einen kurzen Überblick, was derzeit im Werden ist.

Im Rahmen der Umstellung der Telefonnetze auf „Voice-Over-IP (VoIP)“ bis voraussichtlich Ende 2018 muss auch der Notruf 112 mit all seinen technischen Merkmalen, wie Bevorrechtigung oder Seiteneinwahlschutz, vom ISDN-Standard in die neue Welt überführt werden und in unseren Leitstellen verarbeitet werden können.

Mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren, wird mit dem „eCall“ ein System eingeführt, das bei einem schweren Verkehrsunfall automatisch einen Notruf aus dem verunglückten Pkw absetzt und unter anderem die Standortdaten übermittelt.

Eine bundeseinheitliche **Notruf-App** für Smartphones mit direktem Zugang zur 112 soll zukünftig die Hürden für Menschen mit Hör- oder Sprachbehinderung deutlich reduzieren und das in die Jahre gekommene Notruf-Fax ablösen. Der Übermittlung von Standortdaten durch den Anrufer kommt eine immer stärkere Bedeutung zu.

Diese und viele weitere Entwicklungen stellen große Herausforderungen bei der Umsetzung dar. Sie schaffen aber auch neue Möglichkeiten für die Gefahrenabwehr und können die Arbeit der Einsatzkräfte unterstützen.



Die modernen Techniken werden nicht nur unsere tägliche Arbeit immer weiter verändern, sondern die gesamte Gesellschaft. Noch nie waren Informationen so einfach zu beschaffen und problemlos in kürzester Zeit an nahezu jeden Ort in der Welt zu übermitteln.

Damit einher gehen leider auch die negativen Seiten, wie die Anfälligkeit für Cyberangriffe, die rasante Verbreitung von „Fake News“ und Hasskommentaren in sozialen Netzwerken oder das unkontrollierte Aufnehmen und Verbreiten von Bildern und Videos von Einsatzstellen durch „Gaffer“ und – wie in einigen Fällen leider zu be-

obachten – durch Einsatzkräfte. Ein absolutes No-Go!

Die Vereinten Nationen erinnern an diese Entwicklungen mit all ihren Chancen und Risiken am 17. Mai mit dem „Weltfernmeldetag“ und dem Welttag der Informationsgesellschaft. Behalten wir also die Risiken im Auge und gehen wir verantwortungsvoll damit um. Aber vor allem: Nutzen wir die Möglichkeiten der neuen Technologien und begegnen ihnen offen!

INFO:

Die Leitstellen in Baden-Württemberg bearbeiten jährlich weit über acht Millionen Anrufe.

Neue Leistungsabzeichen erstmals verliehen



(ID) Am 13. Mai 2017 wurden bei der Leistungsabzeichen-Abnahme in Hausach im Ortenaukreis erstmals die neu gestalteten Leistungsabzeichen verliehen. Unser LBD Dr. Karsten Homrighausen (2. v.l.) ließ es sich nicht nehmen, gemeinsam mit KBM Bernhard Frei (1. v.r.) und dem Schiedsrichterobmann Christian Keller (1. v.l.) den erfolgreichen Wettbewerbsgruppen die Leistungsabzeichen persönlich zu überreichen. Herzlichen Glückwunsch an die erfolgreichen Wettbewerbsgruppen.

Die Hälfte der nichtpolizeilichen Leitstellen sind inzwischen über die Konzentrorteknik an das Digitalfunknetz BOS angeschlossen



(ID) 17 der insgesamt 34 Integrierten Leitstellen in Baden-Württemberg sind inzwischen mit der Technik für den Leitstellenanschluss an das Digitalfunknetz BOS ausgestattet. Aktuell konnte in der Leitstelle Schwarzwald-Baar-Kreis in Villingen-Schwenningen die Technik eingebaut werden.

Die Leitstellen für Rettungsdienst und Feuerwehr sind Zentrum der Kommunikation der Einsatzkräfte. Dort werden neben Sprachkommunikation und Kurznachrichten auch Statusmeldungen und Positionsdaten der Einsatzfahrzeuge über Funk empfangen und verschickt. Dieser Strom von Daten muss reibungslos über den Digitalfunk BOS in den Leitstellen verarbeitet werden können. Außerdem ist die Verschlüsselung der Daten zu gewährleisten. Deshalb werden die Leitstellen über eine sogenannte Direktanbindung mit den Vermittlungsstellen des Digitalfunknetzes verbunden. Dieser Anschluss wird in Baden-Württemberg mit der Konzentratorteknik hergestellt. Die dafür erforderliche Technik wird vom Land Baden-Württemberg beschafft. Den Einbau und Anschluss der Komponenten übernimmt die Firma T-Systems im Auftrag des Landes.

Mit dem Anschluss an die Konzentratorteknik sind für die Land- und Stadtkreise die Voraussetzungen geschaffen, ihre Integrierten Leitstellen digitalfunkfähig zu ertüchtigen und in der Folge den Digitalfunk kreisweit vollumfänglich zu nutzen.



Einbau der Konzentratorteknik in der Leitstelle Villingen-Schwenningen. V.l.n.r.: Klaus Schwab (T-Systems), Harald Bloching (Innenministerium) und Kreisbrandmeister Florian Vetter (LRA Schwarzwald-Baar-Kreis)

Was genau ist die Konzentratorteknik?

Bei der eingebauten Technik handelt es sich um zwei sogenannte „Verschlüsseler“ und einen „Switch“. Sie stellen den Transportweg von chiffrierter Sprache und Daten zwischen dem Konzentrator und der Leitstelle sicher.

Die Konzentratorteknik ist die zentrale Komponente für die Verarbeitung, die Vermittlung und den Transport der Sprach- und Datensignale. Um vorhandene Leitstellentechnik für den Digitalfunk zu befähigen, sind mehrere Schnittstellen erforderlich, die wiederum mit dieser Technik realisiert werden.

Die drahtgebundene Konzentratorteknik koppelt z. B. Sprache und Steuerungsdaten über Schnittstelle LS1 und LS2 ein und stellt sie so einer Vielzahl von Anwendern zur Verfügung. Mit dem Einbau der Verschlüsselungstechnik wird den Vorgaben des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) zur Sicherheit bei der Datenübermittlung entsprochen.

Neues zum Rettungsdienst - Bericht aus der 71. LARD-Sitzung

(ID) Nachfolgend Informationen aus der 71. Sitzung Landesausschuss für den Rettungsdienst (LARD) am 8. Mai 2017.

Digitale Dokumentation

Dr. Stefan Weiß, Leitender Notarzt im Bereichsausschuss Ludwigsburg und Oberarzt am Klinikum Ludwigsburg, berichtete über die Digitale Dokumentation der Notarzteinsätze und der RTW-Einsätze im Rettungsdienstbereich Ludwigsburg in Umsetzung von entsprechenden LARD-Beschlüssen. Dr. Weiß zeigte eindrücklich die weiteren Möglichkeiten dieses digitalen Dokumentationssystems auf, an deren Entwicklung das Klinikum Ludwigsburg und der ASB maßgeblich beteiligt sind. Neben der präklinischen Dokumentation werden bereits von der Einsatzstelle aus das SQR-BW-konforme Notfallprotokoll, einschließlich der Vitalparameter, der Diagnose, des EKG-Befunds sowie Bildmaterial im Rahmen einer Anmeldung des Patienten elektronisch



Ein Blick in die 71. Sitzung des Landesausschusses für den Rettungsdienst

an die Klinik übermittelt. Durch die Voranmeldung kann die Klinik vor Eintreffen der Patienten frühzeitig die weitere Versorgung vorbereiten. Die Ludwigsburger Lösung kann grundsätzlich herstellerunabhängig auf andere Rettungsdienstbereiche übertragen werden. Dieser Weg sollte auch in anderen Rettungsdienstbereichen beschritten werden.

Mit der Einführung der flächendeckenden medizinischen Dokumentation der RTW-Einsätze im Jahr 2017 wird zusätzlich zur Leitstellendokumentation und notärztlichen Dokumentation die dritte Säule des umfassenden und landesweiten Qualitätssicherungssystems im Rettungsdienst implementiert. Ein derart umfassendes und flächendeckendes trägerunabhängiges Qualitätssicherungssystem, das die Leistungsträger und Kostenträger im Rettungsdienst in den letzten Jahren aufgebaut haben, ist bisher bundesweit einzigartig.

Förderrichtlinien-Rettungsdienst

Das Innenministerium überarbeitet derzeit die Förderrichtlinien. Eine Arbeitsgruppe unter der Federführung

von Bezirksbrandmeister Frieder Lieb (Regierungspräsidium Stuttgart) hatte dazu die Grundlagen erarbeitet, die nunmehr zusammen mit der für Rettungswachen geltenden neuen DIN 13049 „Rettungswachen – Bemessungs- und Planungsgrundlage“ bei der Fortschreibung berücksichtigt werden sollen. Mit der Überarbeitung werden folgende Ziele verfolgt:

- Anpassung der Bedarfs- und Bemessungsparameter an die neue DIN 13049;
- Konkretisierung der Zweckbindungsfristen und des Grundsatzes der Identität;
- Konzentration der Förderung auf Einrichtungen der Notfallrettung;
- Neuregelung des Zahlungsmanagements.

Die neuen Förderrichtlinien sollen zum 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Weitere Themen waren insbesondere ein aktueller Sachstandsbericht der Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst (SQRBW), die Gestaltung der rechtlichen

Rahmenbedingungen für Helfer-vor-Ort-Systeme sowie ein Bericht zum Projekt zur Leitstellenstruktur in Baden-Württemberg.

Kurz erläutert:

Der Landesausschuss für den Rettungsdienst (LARD)

Der Landesausschuss für den Rettungsdienst (LARD) tagt unter Leitung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Dem LARD gehören nach § 4 des Rettungsdienstgesetzes (RDG) ein Vertreter des Innenministeriums sowie zehn Vertreter der Leistungsträger nach § 2 Abs. 1 RDG und der Kostenträger an. Darüber hinaus nehmen ein Vertreter der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft sowie jeweils ein Vertreter der kommunalen Landesverbände mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Die Notärzte sind durch die Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Notärzte (agswn) vertreten.

Erstes Bürgermeister-Seminar an der Akademie für Gefahrenabwehr

(ID) Wenige Wochen nach dem Umzug der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg (LFS) an ihren neuen Standort hat die „Akademie für Gefahrenabwehr“ an der LFS ihr Veranstaltungsangebot um eine neue Zielgruppe erweitert: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Damit ist die Akademie für Gefahrenabwehr auch einem Wunsch der Feuerwehrkommandanten nachgekommen.

Hermann Schröder, Leiter der „Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ im Innenministerium, gab den rund 40 Teilnehmer/innen beim Seminar zum Thema „Bürgermeister/innen als Schaltstellen der kommunalen Gefahrenabwehr“ einen vertiefenden Einblick in die Organisation der Gefahrenabwehr in Baden-Württemberg und die Rolle der Ortspolizeibehörden.

Dr. Frank Knödler, Leiter der Feuerwehr Stuttgart und Präsident des Landesfeuerwehrverbandes, erläuterte die Möglichkeiten zur Stärkung der Freiwilligen Feu-

erwehren, und LFS-Leiter Thomas Egelhaaf stellte die verschiedenen Qualifizierungsprogramme von Feuerwehrangehörigen im Ehren- und Hauptamt vor.

„Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben nicht nur für eine leistungsfähige Gemeindefeuerwehr Sorge zu tragen, sie sind als Leiter der Ortspolizeibehörden auch zentrale Schaltstellen der kommunalen Gefahrenabwehr, haben also große Verantwortung bei Schadensereignissen und bei der Organisation des Brandschutzes in ihrer Kommune“, so die einhellige Aussage der Referenten.

bedingungen seien daher auch fundiertes Wissen über die Organisation der Feuerwehr im eigenen Wirkungskreis von zentraler Bedeutung und für die Arbeit eines Bürgermeisters/ einer Bürgermeisterin nicht zu unterschätzen. Dies betonten auch Sebastian Fischer, Leiter der Feuerwehr Pforzheim, und sein Kollege Bernd Molitor, Feuerwehrkommandant aus Bruchsal, die in ihren Vorträgen die aus ihrer Sicht zentralen Elemente einer guten kommunalen Feuerwehrbedarfsplanung erläuterten.

Aufgrund der äußerst positiven Resonanz aller Beteiligten und der großen Nachfrage plant die Akademie für Gefahrenabwehr, die Veranstaltung erneut anzubieten. Der Termin steht noch nicht fest, wird aber auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule bekanntgegeben.

Weitere Informationen:

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: www.lfs-bw.de.



N e b e n
g r u n d l e g e n d e n
K e n n t n i s s e n
ü b e r
d i e
O r g a n i s a t i o n
d e r
G e f a h r e n a b w e h r
i n
B a d e n -
W ü r t t e m b e r g
u n d
d e r
r e c h t l i c h e n
R a h m e n -